

Punkt 7.1 der öffentlichen Sitzung am 25.11.2003

Vorlage Nr. 03-F-02-0052

**Veranstaltungsorte für Traditionsveranstaltungen
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.11.2003 -
Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wolle beschließen:**

**Der Magistrat wird gebeten,
bei der Vergabe von Räumen in Bürgerhäusern die bestehenden Kapazitäten für private Anlässe, wie z.B. größere Familienfeiern Hochzeiten ausländischer Einwohner, Beschneidungsfeiern etc. gemäß den Vereinbarungen mit den Anwohnern auszuschöpfen mit der Maßgabe,
bei der Vergabe von Räumen in Bürgerhäusern strikt das Wohnsitzprinzip dahingehend einzuhalten, dass ausschließlich diejenigen Privatpersonen die Nutzung gewährt wird, die den Anlass für die Feier liefern und selbst in Wiesbaden wohnen (Jubilare, Brautleute, Kindeseltern etc.)
das Bürgerhaus Kastel von der Vergabe für private Anlässe mit besonders hoher Teilnehmerzahl und zu erwartender erheblicher Lärmbelastung für die Anwohner weitgehend auszunehmen,
statt dessen stärker das Bürgerhaus Erbenheim für die o.a. Anlässe in Anspruch zu nehmen.**

Beschluss Nr. 0063

1. Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.11.2004 betr.

Veranstaltungsorte für Traditionsveranstaltungen

gilt als eingebracht und wird in der Sitzung des Ausschusses am 03.02.2004 gemeinsam mit den Anträgen der SPD-Stadtverordnetenfraktion und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen aufgerufen.

2. Zu der Ausschusssitzung am 03.02.2004 wird Herr Stadtrat Hessenauer um Teilnahme zu diesen Punkten gebeten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2003

Müller
Vorsitzender

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0063 vom 25.11.2003

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2003

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2003

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister